

## Zu diesem Heft:

Ursprünglich sollte dieser Text, der in diesem Heft abgedruckt ist, die Grundlage für eine Veranstaltung unter dem Thema "Nato, BRD und Friedensbewegung" am 7. Juni sein.

Wir haben uns aber entschlossen, die Veranstaltung vorläufig nicht zu machen, weil aufgrund unserer relativ kurzen Zusammenarbeit organisatorische Schwierigkeiten aufgetreten sind.

Wir betrachten unsere Einschätzung der Friedensbewegung als Diskussionsgrundlage.

Friedensgruppe FAU  
Kleine Rainstraße 21a

Tel. 392201 / HH 50

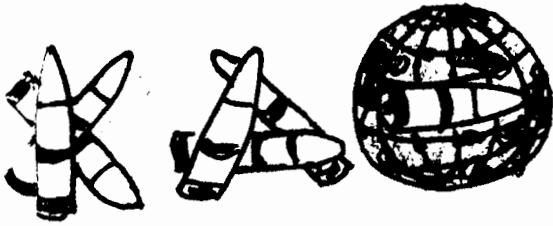
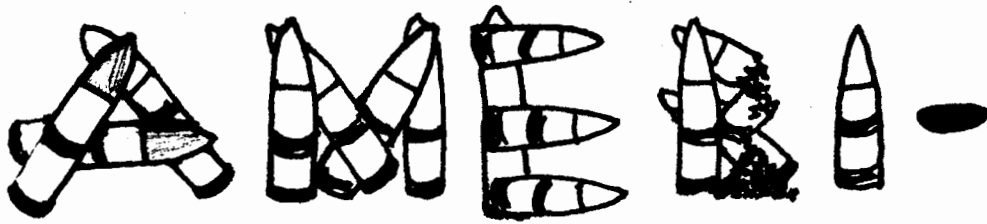


50 Pf

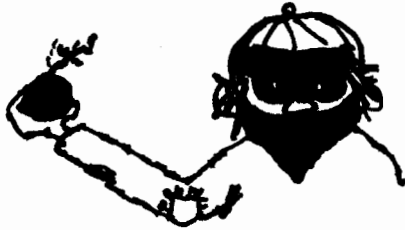
Unkostenbeitrag

Friedensgruppe

Freie Arbeiterunion (FAU)



# RÄTSEL



Zu erraten ist ein altes, deutsches Sprichwort

- 1. Preis: ein Frühstück mit Ronald Regen
- 2. Preis: ein Lunch mit Nancy Regen
- 3. Preis: ein Flug mit der Cruise Missile
- 4. Preis: eine blau-rot-weiße Knautschlackjacke, in den Farben unserer Freunde

Wie man die Auflösung herausbekommt, ist wohl klar ersichtlich:  
einfach die Buchstaben in die unteren Kästchen einschreiben und der Reihe nach lesen.

Ostern '82: 100.000de marschierten für Frieden!



Wieso so viele Leute und wozu und warum gerade jetzt?



Um die jetzige Friedensbewegung zu verstehen, wollen wir kurz die geschichtlichen und politischen Hintergründe durchleuchten!



und die Entscheidung in der völligen Unterwerfung der europäischen Mächte zu suchen.

Doch der erste Weltkrieg brachte bereits auch Ansätze einer weitergehenderen Kräfteverschiebung hervor. Die USA, die selbst unter den Folgen dieses großen Krieges kaum zu leiden hatten, holten in der Konkurrenz gegenüber den europäischen Mächten gewaltig auf, deren Wirtschaft um Jahre durch den Krieg zurückgeworfen wurde. Und der erste Weltkrieg brachte auch eine neu-Macht hervor, die Sowjetunion, die allerdings in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz vorwiegend mit der inneren Entwicklung beschäftigt war und erst Ende der dreißiger Jahre begann, eine entscheidende außen- und damit weltpolitische Rolle zu spielen.

"Bis zum zweiten Weltkrieg stand die Konkurrenz der drei großen europäischen Mächte England, Frankreich und Deutschland im Vordergrund. Eine weltweite Kolonialpolitik auf der Grundlage direkter militärischer Interventionen gehörte zum Selbstverständnis aller drei Mächte. Der 1. Weltkrieg - eine Folge dieser Konkurrenz zwischen den europäischen Großmächten - brachte eine Kräfteverschiebung zuungunsten des deutschen Imperialismus mit sich, der all seine Kolonien verlor und zumindest zeitweilig durch Gebietsabtretungen und Reparationszahlungen wirtschaftlich ins Hintertreffen geriet. Die Entwicklung des deutschen Faschismus versuchte diesen Prozeß rückgängig zu machen

Aus dem zweiten Weltkrieg gingen nun vor allem zwei Mächte als politische und militärische Gewinner hervor. Die USA und die UDSSR. Der deutsche Imperialismus war vorläufig zerschlagen, ebenso wie der japanische. Frankreich und

England gehörten zwar zu den Siegermächten des zweiten Weltkrieges, waren aber selbst politisch und militärisch geschwächt. Die Sowjetunion hatte die Hauptlasten im Kampf gegen den Hitlerfaschismus tragen und schwerste Opfer bringen müssen. Die USA, die aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und vor allem wegen ihrer geographischen Lage weitab von den Hauptkriegsschauplätzen am ungeschorensten davon gekommen waren, konnten ihren politischen und militärischen Einfluß kolossal ausdehnen. In Europa hatten sie militärisch Fuß gefaßt und hatten mit einem völlig niedergeworfenen deutschen und einem entscheidend geschwächten französischen und englischen Imperialismus zu tun. Einzig ernsthafter Konkurrent war die Sowjetunion. Noch günstiger war die Situation außerhalb Europas, wo die USA nach der Zerschlagung Japans als einziger Machtfaktor übriggeblieben war, was in den nächsten Jahrzehnten ja auch weitlich ausnutzten.

Noch während des zweiten Weltkrieges - zu einem Zeitpunkt, als die Niederlage des Faschismus bereits besiegelt war, begannen die sogenannten Westmächte unter Führung der USA ihre Vorbereitungen für die Ausdehnung und Sicherungen ihrer Machtbereiche weltweit zu treffen. In den letzten Monaten begann gradezu ein Wettlauf zwischen den Westalliierten und der UdSSR um die günstigste militärische Ausgangsposition in Europa. Das Ergebnis dieses Wettlaufs war die Teilung Deutschlands und Berlins. Innerhalb der Westmächte gab es Kräfte, die allen Ernstes diese "einmalige historische Chance" nutzen und im Bündnis mit den Resttruppen der Wehrmacht den Krieg gegen die Sowjetunion eröffnen wollten, um diese endgültig von

der Landkarte verschwinden zu lassen.

Ein Plan, den schon Hitler verfolgte und den der heute noch einsitzende Hitlerstellvertreter Rudolf Hess den Engländern bei seiner ominösen "Flucht" (er flog Anfang des Krieges nach England und wurde dort interniert - Hitler verurteilte ihn daraufhin in Abwesenheit zum Tode) unterbreitete: Faschisten und Kapitalisten vereint gegen die Sowjetunion. Churchill war dieser Gedanke ebenfalls nicht fremd. Zum Glück konnten sich diese Kräfte nicht durchsetzen.

Für die USA ging es nun in erster Linie um die Sicherung der neu hinzugewonnenen Einflußzonen - vor allem in Europa. An dem Abschluß eines Friedensvertrages hatten sie absolut kein Interesse. Mehrere Vorschläge der Sowjetunion für eine Wiedervereinigung und Entmilitarisierung Deutschlands wurden in den Wind geschlagen. Die militärische Präsenz der USA in Europa wäre dann nämlich überhaupt nicht mehr zu vertreten gewesen. Dazu kam, daß vor allem Frankreich aus Furcht vor einem neu entstehenden deutschen Nationalismus ebenfalls gegen die Wiedervereinigung und gegen einen Friedensvertrag war. Während die Deutschen in Ost und West noch Jahre ernsthaft hoffte, daß die Teilung bald beseitigt würde, war zumindest für die Westalliierten und vor allem für die USA längst klar, daß in Zukunft die Grenze des Einflußbereiches des Westens mitten durch Deutschland laufen sollte. Lediglich für Österreich wurde 1955 ein Friedensvertrag abgeschlossen. Österreich erklärte sich darin für neutral.

Die USA betrieben nun eine Doppelstrategie der ökonomischen Festigung und militärischen Einbindung der westeuropäischen Staaten. Marshall-Plan (Wirtschaftshilfe) und Truman-Doktrin waren die Eckpfeiler der USA-Politik. Die Truman-Doktrin über "Hilfe für alle in ihrer Freiheit bedrohten Völker" erhob die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und die ökonomische und militärische Unterstützung reaktionärer Regime zum offiziellen Programm. Die Vandenberg-Resolution (1948) brach mit dem traditionellen Grundsatz der US-Außenpolitik, sich in Friedenszeiten nicht an Militärpakten außerhalb des amerikanischen Kontinents zu beteiligen und ebnete den Weg für ein Militärbündnis mit den westeuropäischen Staaten.

Die USA gedachten durch Einbeziehung der Truppen der westlichen Staaten unter ihrem Oberbefehl ihr militärisches Potential (das truppenmäßig im Vergleich z.B. mit der Territorialmacht UdSSR gar nicht sonderlich groß war, jedenfalls nicht in Europa) zu erhöhen und so ihre neu gewonnene Einflußzone Europa militärisch abzusichern.

#### 4.4.49 NATO-Gründung

Am 4.4.1949 wurde von den USA, Kanada, Frankreich, England, Belgien, Luxemburg, Niederlanden, Dänemark, Norwegen, Italien und Portugal die Nato gegründet.

"Der Vertrag unterstreicht die Tatsache, daß das Bündnis ins Leben gerufen wurde, um eine Lebensform zu verteidigen." (Nato - Tatsachen und Dokumente). Eine Lebensform, die auch Ronald Reagan heute glaubt verteidigen zu müssen, die Lebensform der kapitalistischen Ausbeutung und die "Freiheit" des Kapitalismus, dies zu jeder Zeit überall ungehindert tun zu können. Für wahr eine edle Aufgabe und nur zu erfüllen im Angriff auf die sozialistische Sowjetunion (den Streit darüber, wie sozialistisch die UdSSR damals schon war oder nicht mehr war, kann man bei diesem historischen Abschnitt der Nato-Gründung getrost außeracht lassen.).



Als Verteidigungsbündnis getarnt, war die Nato von Anfang an ein aggressives Bündnis, gerichtet gegen die Sowjetunion. Vizepräsident Nixon erklärte 1953 zur Natostrategie der massiven Vergeltung, das bedeutete den totalen Nuklearschlag gegen die Sowjetunion:

" Ehe wir uns an den verschiedensten Ecken der Welt von den Kommunisten die Luft abdrehen lassen, werden wir in Zukunft zur massiven Vergeltung übergehen."

Geographisch und strategisch gesehen kam der Bundesrepublik innerhalb dieses westlichen "Verteidigungssystems" eine entscheidende Bedeutung zu." (Das bisher Geschriebene haben wie aus dem Göttinger Atomexpress übernommen, Artikel von Bernd Weid-

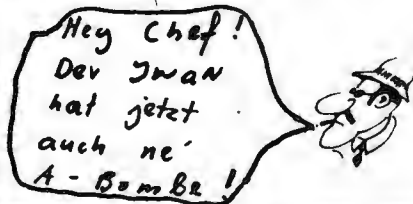
mann; zur Geschichte der Nato).

Ursprünglich sollte Deutschland gänzlich militarisiert werden, damit von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen könnte. Aber bereits 1947 war in den USA über eine schrittweise Einbeziehung westdeutscher Truppen in den Brüsseler Pakt (Militärallianz zwischen Großbritannien, Frankreich und Beneluxländern) diskutiert worden.



Ein bereits 1952 ausgehandeltes Vertragswerk zur Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft scheiterte zwar 1954 am Einspruch des französischen Parlaments, noch im Oktober desselben Jahres trat die BRD jedoch der Nato bei. Gleichzeitig wurden die sogenannten "Pariser Verträge" ratifiziert, mit denen der Besatzungsstatus der BRD endete und sie als souveränes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen wurde. ("brigens sind es auch diese "Pariser Verträge", in denen Notstandsklauseln festgeschrieben sind, auf Grund derer die westlichen Alliierten das Recht haben, bei "inneren Unruhen" in der BRD, also z.B. einem Generalstreik oder Ereignissen ähnlich den in Polen, mit eigenen Truppen einzugreifen!) 1955 traten die "Pariser Verträge" in Kraft. Im selben Jahr wurde mit dem Freiwilligengesetz die Voraussetzung zur Gründung der Bundeswehr geschaffen. 1956 folgte die "zweite Wehrrergänzung" des Grundgesetzes und am 7.7. schließlich die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Untersagt wird der BRD jedoch die Herstellung eigener ABC-Waffen.

Bereits seit 1955 wurden Artikel und Berichte in deutschen Tageszeitungen lanciert, nach denen, ungeachtet eines Verbots deutscher ABC-Waffen-Produktion, die atomare Bewaffnung der jungen Bundeswehr vorgesehen war. Die Artikel erschienen vor dem weltpolitischen Hintergrund einer erheblich verschärften Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion.



Nach Ende des zweiten Weltkrieges hatten die USA zunächst über ein Atomwaffenmopol verfügt. Ihre aggressive Außenpolitik gegenüber der UdSSR hatten sie dementsprechend mit einem Konzept der "massiven Vergeltung" militärisch abgesichert. Die Fortschritte der Sowjetunion bei der Produktion eigener strategischer Atomwaffen (1949 erste sowjetische Atombombe, 1952 sowjetische H-Bombe, 1957 Sputnik-Schock) machten in den 50er Jahren dann eine neue westliche Militärstrategie erforderlich. Im Rahmen einer solchen "stufenweisen Abschreckung" sollte insbesondere die Nato mit Mittelstreckenraketen aufgerüstet, die Nato-Staaten mit Lagern für Atomsprengköpfe unter Schlüsselgewalt des amerikanischen Präsidenten versehen werden.



Die oben erwähnten Tageszeitungsartikeln erschienen in der BRD, just zu einem Zeitpunkt, an dem seitens der Sowjetunion während der Genfer Konferenz von 1955 der Vorschlag einer internationalen Rüstungskontrolle- und -beschränkung gemacht worden war. Nachdem 1957 US- Außenminister Dulles den Nato-Staaten atomare Mittelstreckenraketen angeboten hatte, propagierte der damalige Bundeskanzler Adenauer auf einer Pressekonferenz offen die atomare Bewaffnung der BRD. Im September 1957 erhielt die CDU/CSU bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit im Parlament.

1958 lehnte die Adenauer-Regierung den sogenannten "Rapack-Plan" ab, der eine kernwaffenfreie Zone in den Gebieten Polens, der CSSR, der DDR und der BRD vorsah. Gleichzeitig brachte sie einen Entschließungsplan im Bundestag ein, nachdem die Bundeswehr atomar aufzurüsten sei und billigte das Nato-Dokument MC 70 (Plan für die Aufnahme von "Träger- bzw. Abschussmittel für Atomsprengköpfe" in der Bundeswehr). Ab Juli 1958 wurde die Bundeswehr atomar ausgerüstet.

Sowohl gegen die Wiederbewaffnung als auch gegen die Atombewaffnung der BRD hatte es einen breiten öffentlichen Widerstand gegeben. Das bei Kriegsende vorherrschende antifaschistische und antikapitalistische Bewußtsein der bundesdeutschen Arbeiterschaft, das selbst von einigen Kreisen der Bourgeoisie und der Intelligenz geteilt wurde, war zwar durch die Restauration des bundesdeutschen Kapitalismus in der BRD, durch Wirtschaftswunder und Verbote überregionaler Arbeiterorganisationen geschwächt worden. Dennoch lehnte die Bevölkerung die Wiederbewaffnung entschieden ab.



7

Der deutsche Militarismus, der ein Träger des Faschismus gewesen war, sollte keine Chance erhalten, wieder zu erstarken. Von deutschem Boden sollte kein Krieg mehr ausgehen können!

Die SPD- ebenso wie die DGB-Führung lehnte die Wiederbewaffnung nur bedingt ab und lediglich im Hinblick darauf, daß mit ihr die deutsche Teilung besiegelt würde. Durch den Druck ihrer Basis sahen sie sich jedoch zu Aktionen genötigt. Auf der juristischen Ebene wurden zwei Klagen am BVG gegen den Wehrbeitrag zur EVG eingebracht, im Bundestag stimmte die SPD geschlossen gegen die Gesetzentwürfe zum Deutschlandvertrag, über den Aufenthalt ausländischer Truppen, über den Nato-Beitritt der BRD und zum Saar-Abkommen. Weiterhin wurde 1955 mit einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche (Motto: Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!) eine erste außerparlamentarische Aktion veranstaltet. Nicht zuletzt durch ein Taktieren der SPD mit den herrschenden Parteien zerfiel die Paulskirchenbewegung relativ schnell wieder. Viele anpolitisierte Individuen arbeiteten jedoch später in der Ostermarschbewegung mit. Die KPD, die trotz ihrer Kritik am Revisionismus der SPD Kurt Schuhmachers an ihrem Volksfrontkonzept festhielt, führte Unterschriftenaktionen und seit 1951 verbotene Volksbefragungen zur Wiederbewaffnung durch. Dieses Engagement der KPD gab den Herrschenden den Vorwand für ihren Versuch, die antimilitaristische Bewegung als kommunistisch unterwandert zu diskreditieren. Mit dem Verbot der KPD im August 1956 wurde der Antimilitarismusbewegung entsprechend geschadet.

Neben diesen Organisationen der Arbeiterklasse gab es auch in

der evangelischen Kirche Diskussionen über die Remilitarisierung. Einzelne Persönlichkeiten wie Niemöller, Gollwitzer, etc. traten seitdem immer wieder in Erscheinung. Weiterhin engagierten sich die "Notgemeinschaft für den Frieden", später "Gesamtdeutsche Volkspartei" genannt, unter dem ehemaligen CDU-Innenminister und späteren SPD-Justizminister und Bundespräsidenten Heinemann, sowie die "freie Mitte" Ulrich Noacks und die "Dritte Front" in dieser Friedensbewegung.

Nachdem die Gründung der Bundeswehr, nicht zuletzt durch das wenig entschiedene Vorgehen der SPD und deren Kommunistenfurcht, nicht mehr zu verhindern war, geriet zunehmend die Lagerung amerikanischer Atomsprengköpfe und die Ausrüstung der Bundeswehr damit in die öffentliche Diskussion. Nachdem die Herrschenden die Bedrohung durch die neuen Atomwaffen heruntergespielt hatten - Originalton Adenauer vom 5.4.57: "Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, daß unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen". (Kleine Geschichte des SDS, S. 50) - veröffentlichten 18 Göttinger Atomwissenschaftler, unter ihnen die Nobel-Preisträger Otto Hahn (Chemie 1944), Max Born (Physik 1954), Werner Heisenberg (Physik 1932) und Max von der Laue (Physik 1914), eine Erklärung, in der sie die vernichtenden Konsequenzen jeder atomaren Bewaffnung sehr plastisch aufzeigten. Diese Göttinger Erklärung hatte eine breite Öffentlichkeitswirkung und verdeutlichte die

8

Konsequenzen, die ein atomar geführter "Verteidigungskrieg" für die Länder Mitteleuropas haben würde.

Mit Februar 1958 begann dann mit der, hauptsächlich durch SPD und DGB inszenierten Gründung des Ausschusses "Kampf dem Atomtod" eine gleichnamige bundesweite Kampagne gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Im März 58 fand diese Kampagne ihren Höhepunkt mit einer Großkundgebung in Frankfurt, die gleichzeitig mit der Atombewaffnungsdebatte im Bundestag stattfand. Tatsächlich führte die Kampagne zu einer breiten Mobilisierung der Öffentlichkeit, zu mehreren spontanen wilden Streiks, Kundgebungen, Arbeitsniederlegungen und einer ganzen Kette von Protestresolutionen. Mehrfach wurde von seiten der Arbeiterschaft die Durchführung eines Generalstreiks gefordert, eine Forderung, die dann am zurückhaltend taktierenden Verhalten der DGB-Führung scheiterte.

Nachdem bereits im September 57 die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit erhalten hatten, erlitt die SPD bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Juli 58 eine schwere Niederlage: zum ersten Mal erreichte die CDU mit 50,5% der Stimmen die absolute Mehrheit an Rhein und Ruhr. Mit diesem entscheidenden Wahlsieg der CDU setzte innerhalb der SPD ein grundlegender Wandel ein. Es schien sich gezeigt zu haben, daß selbst im Bewußtsein großer Teile der Arbeiterschaft die kapitalistische Restauration der BRD abgeschlossen sei. Ein wie auch immer gemäßigter sozialdemokratischer Oppositionskurs schien in Zeiten der Vollbeschäftigung und des wirtschaftlichen Aufschwungs keine Aussicht auf Übernahme der Regierung mehr zu bieten. Infolgedessen beschloß man in der SPD fortan das Opponieren einzustellen und sich stattdessen der Regierung gegenüber weitgehend wohlzuverhalten. Eine langsame Machtübernahme

ml

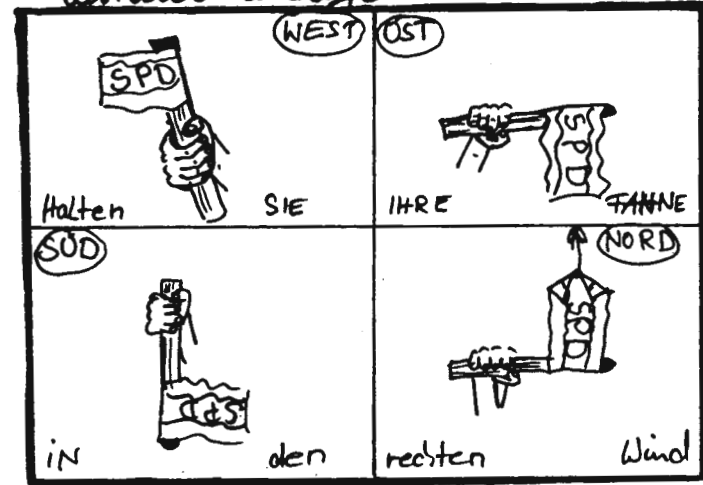


sollte nicht mehr im Gewand einer sozialdemokratischen Alternative zur bestehenden Regierungspolitik vorbereitet werden. Stattdessen bot sich die SPD zunehmend als liberal-kapitalistischer Garant für die Fortdauer der bestehenden Verhältnisse an. Ihren Ausdruck fand diese neue SPD-Politik im Godesberger Programm von 1959, in dem selbst von Begriffen wie "Sozialisierung, Planung, Arbeiterklasse" nicht mehr die Rede ist, stattdessen aber Worte wie "Wettbewerb", etc. auftauchen.

lich von Kreisen der britischen Labour Party, pazifistischen und kirchlichen Organisationen und verschiedenen intellektuellen Einzelpersonlichkeiten.

Als Aktionsformen wählte die CND im jährlichen Rhythmus stattfindenden Großdemonstrationen während der Osterfeiertage, die sogenannten Ostermärsche. Die entstehende Ostermarschbewegung breitete sich rasch über Westeuropa, insbesondere auch die BRD aus. Während die Bewegung ursprünglich ein allgemein-pazifistischer Friedensgedanke verbunden hatte,

### Windvorhersage

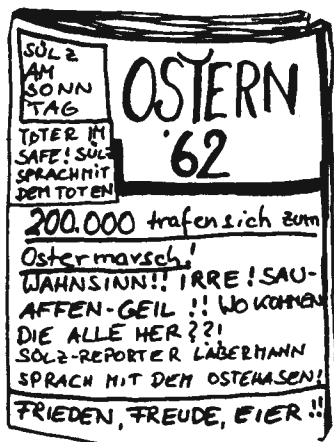


Entsprechend diesem neuen pragmatischen Rechtskurs verlor die SPD schlagartig das Interesse an der von der Regierung als kommunistische unterwandert difamierten "Kampf dem Atomtod"-Kampagne, die KDA-Bewegung war gescheitert.

und das Hauptthema der Kampf gegen die Atomrüstung war, wurden in sechziger Jahren zunehmend auch allgemeinpolitische Fragen, z.B. der Vietnamkrieg oder die bundesdeutsche Notstandsgesetzgebung wichtig. Kennzeichnend für die Ostermarschbewegung war, daß sie sich schwer tat, kontinuierlich übers ganze Jahr hinweg zu arbeiten; sich stattdessen im wesentlichen auf die Durchführung großer Volksmärsche über Ostern konzentrierte. Auf diesen Märschen gelang es allerdings auch,

Bereits im Januar 1958 konstituierte sich in London die "Campaign for Nuclear Disarmament" CND, eine offiziell überparteiliche Organisation zur Bekämpfung der Atomrüstung in Großbritannien. Inszeniert und getragen wurde die CND hauptsächlich

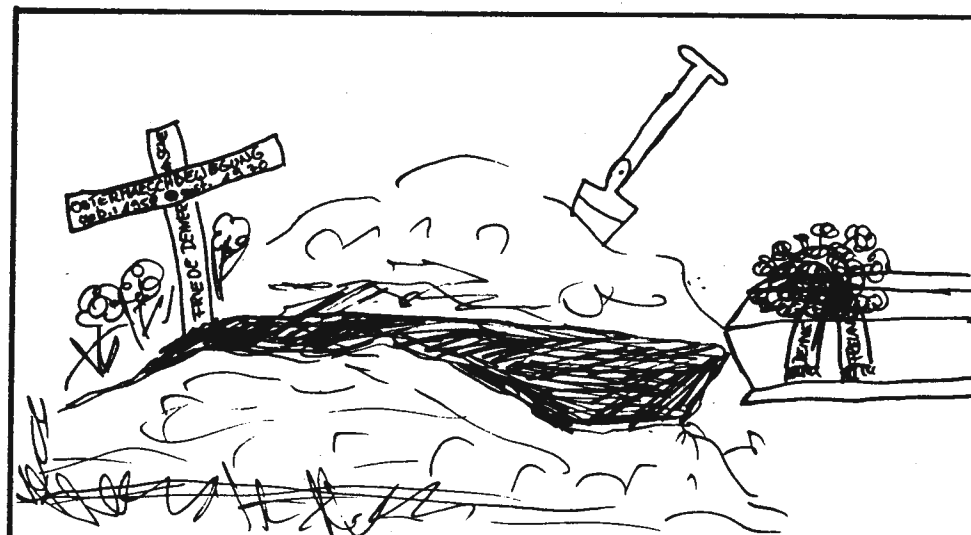
eine relativ hohe Massenmobilisierung zu erreichen. 1962 n.B. beteiligten sich etwa 200.000 Menschen an den Aktionen.



Obwohl sich die Ostermarschierer um Zugang insbesondere zu den Gewerkschaften bemühten, verhielten sich SPD und DGB zurückhaltend bis ablehnend. Zum einen war dies die Konsequenz aus der bereits geschilderten Erfahrung der KDA-Bewegung: Dort schien bewiesen zu sein, daß trotz Massenmobilisierung für Antimilitarismus, Abrüstung und gegen Kriegsvorbereitung eben diese Massen ungerührt weiter die Kriegstreiber und Rüstungsbefürworter wählten, solange diese ihnen nur weiterhin wirtschaftliches Wohlergehen garantierten. Darüberhinaus hatten SPD

und DGB schon länger begriffen, daß sich auch ein sozialdemokratisches Stüpplein auf dem von den Herrschenden geschürten Feuer des Anti-Kommunismus kochen ließ. So wurde die Nichtteilnahme von Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern an den Ostermärschen allzuoft mit der angeblich kommunistischen Unterwanderung dieser Bewegung begründet.

Mit der verschärften wirtschaftlichen Situation in der BRD um die Mitte der sechziger Jahre herum, den ersten großen Krisen, die das Ende des sogenannten Wirtschaftswunders verkündeten, verlagerte sich dann das öffentliche Interesse und damit auch die Thematik einer ausserparlamentarischen Opposition weg von den Gefahren der atomaren Aufrüstung hin zu Fragen der wirtschaftlichen Weiterentwicklung, der Notstandsgesetzgebung, dem Vietnamkrieg - "das Spanien der sechziger Jahre"- u.ä. So erklärte die Ostermarschbewegung 1970 ihre Ende und wandte sich anderen aktuellen politischen Problemen zu. Zwar war die atomare und kon-



ventionelle Aufrüstung der BRD nicht verhindert worden, doch schienen auch die Herrschenden während der siebziger Jahre mit vorsichtiger Entspannungspolitik Abstand von der Kriegsvorbereitung genommen zu haben. Der damalige bundesdeutsche Kanzler Willi Brand z.B. erhielt 1971 den Friedensnobelpreis für eben diese Entspannungspolitik.

Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verschärfte sich mit den immer rascher aufeinanderfolgenden weltweiten Überproduktionskrisen der Konkurrenzkampf der Imperialisten untereinander, aber auch der zwischen kapitalistischen und realsozialistischen Ländern. Die Auswirkungen der Krise auf die soziale Lage der Massen werden immer härter. Und es wächst in beängstigendem Maße die Kriegsgefahr. Insbesondere die USA fährt, obwohl sich auch während der Hochzeiten der sogenannten Entspannungspolitik nicht auf ein weiteres Ankurbeln

des Rüstungskarussells verzichtet hat, einen zunehmend aggressiven Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Länder.

Auch hat besonders die atomare Aufrüstung durch technische Weiterentwicklung eine neue Qualität gewonnen. Zunehmend scheint nämlich die Entwicklung zielgenauerer kleiner und mittlerer Atomwaffen, wie z.B. die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II oder der Marschflugkörper vom Typ Cruise Missile, einen begrenzten atomaren Krieg führbar und gewinnbar zu machen. Die Militärstrategen des Pentagon und der Nato-Zentrale spekulieren dabei folgendermaßen: Einmal sollen mit einem atomaren Erstschlag so viele sowjetische Militäreinrichtungen zerstört werden, daß bei einem Vergeltungsschlag der UDSSR ein Teil der westlichen Welt (aber nicht Europa) erhalten bliebe. Zum anderen soll dieser sowjetische Gegenschlag nur auf begrenzte Gebiete der kapitalistischen Länder gelenkt werden. Dieses Schlachtgebiet soll Euro-

pa werden. Hier sollen die Ersts-  
schlagraketen stationiert werden,  
auf dieses Gebiet soll die UdSSR  
ihren Vergeltungsschlag konzen-  
trieren müssen. Die militärtech-  
nischen Voraussetzungen für eine  
derartige Politik, die den Be-  
griff der Megatoten in den Sprach-  
gebrauch übernommen hat, sollen  
mit den 1979 gefaßten Nato-Nach-  
rüstungsbeschlüssen geschaffen  
werden. Diesen Beschlüssen zu-  
folge soll 1983 mit der Statio-  
nierung von Mittelstreckenrake-  
ten in West-Europa begonnen wer-  
den, es sei denn, die Warschauer-  
Pakt-Staaten kapitulieren vorher.

### Neue Friedensbewegung

Gegen diese Nachrüstungsbeschlüs-  
se, gegen die zunehmende Kriegs-  
hetze und Vorbereitung hat sich  
nun vor etwa zweieinhalb Jahren  
eine neue Friedensbewegung for-  
miert, die an Breite und dem  
Grad der Massenmobilisierung  
die Bewegungen gegen Remilita-  
risierung und Atomrüstung über-  
trifft.

Mehr als 300.000 Menschen kamen  
im Oktober 81 nach Bonn,  
um für "Abrüstung und Entspan-  
nung in Europa" zu demonstrieren,  
mehr als 2 Millionen haben den  
"Krefelder Appell" gegen die Nach-  
rüstungsbeschlüsse unterschrieben.  
Versuche, diese Bewegung als kommuni-  
stisch unterwandert zu diffamieren  
und zu spalten sind bisher gescheitert.  
Obwohl sich am grundlegenden Engage-

ment für Frieden und gegen  
Kriegsvorbereitung nichts  
geändert hat, unterscheidet  
sich die bundesdeutsche Frie-  
densbewegung der achtziger  
Jahre in wesentlichen Punk-  
ten von der der fünfziger  
und sechziger Jahre.

1958 waren es SPD und DGB, die  
aus der parlamentarischen Op-  
position heraus zum außer-  
parlamentarischen "Kampf dem  
Atomtod" aufriefen. In den  
sechziger Jahren waren es  
Liberale, Sozialdemokraten,  
Kommunisten, Anarchisten,  
Intellektuelle und Arbeiter,  
die ohne die offizielle  
sich auf die Regierungsüber-  
nahme vorbereitende SPD  
Ostermärsche durchführten.  
1982 endlich ist es ein Bünd-  
nis von revolutionären Anar-  
chisten und Kommunisten über  
Reformisten und Revisionisten,  
Sozialdemokraten, Liberale,  
fortschrittliche Christen,  
bis hin zu Konservativen und  
Angehörigen der Bourgeoisie  
wie CSU-Mechtersheimer, die  
gemeinsam einen Atomkrieg  
in Europa verhindern wollen  
und ihren Kampf gegen die  
Regierungspolitik der SPD  
und der Herrschenden führen.



In den 50igern und 60igern  
hatte der Kampf gegen den Atom-  
krieg in gewisser Hinsicht eine  
abstrakte Komponente. Ein  
solcher Krieg schien nur um  
den Preis der Vernichtung aller  
kriegführenden Parteien  
führbar zu sein und erhielt  
damit den Charakter einer Nat-  
urkatastrophe, die durch  
Atomrüstung allenfalls wahr-  
scheinlicher wurde. So konnte  
mit einem Konzept der Friedens-  
sicherung durch Abschreckung  
die Atomrüstung vor breiten Tei-  
len der Bevölkerung legitimiert  
werden. In ihrem materiellen In-  
teresse waren nur diejenigen real  
betroffen, auf deren Rücken die  
Imperialisten ihre Raub- und  
Erpressungsgeschäfte mittels Atom-  
rüstung absicherten: die Masse  
der Arbeiter und der lohnabhän-  
gig Beschäftigten. Die westdeut-  
sche Bourgeoisie konnte gemein-  
sam mit den Kapitalisten West-  
europas und der USA mit Hilfe

der Militarisierung und des  
Wettrüstens expandieren und  
nach beendetem Wiederaufbau  
in den Ländern der dritten Welt  
profitable Märkte erschlies-  
sen. Der Atomkrieg war Erpres-  
sungsmittel und Garant des ei-  
genen Profits, keine Bedro-  
hung.

Diese Situation hat sich ge-  
ändert, die Front der west-  
lichen Kapitalisten ist auf-  
gebrochen: eine Militärstra-  
tegie, die die völlige Zer-  
störung Europas offen ins  
Kalkül einbezieht, muß den  
Interessen der westdeutschen  
Bourgeoisien widersprechen.  
Die Widersprüche zwischen  
den Bourgeoisien der westli-  
chen Welt haben sich ver-  
schärft. Gerade in den sieb-  
ziger Jahren ist so die Kon-  
kurrenz zwischen amerikani-  
europas und der USA mit Hilfe





schen, westeuropäischen und japanischen Kapitalisten bedrohlich für die jeweiligen Volkswirtschaften geworden: Japan überschwemmte dank der Produktivität der eigenen Industrie westeuropäische und amerikanische Märkte mit unvergleichlich billigen Produkten. Westeuropa erschloss sich mit der BRD an der Spitze Märkte in Osteuropa und Sowjetunion, an denen teilzuhaben die USA versäumten. In Ländern der dritten Welt bekamen die USA nicht zuletzt durch ihre harte Variante des Dollarimperialismus zunehmend Probleme mit Befrei-

eines vernichtenden Erstschlags die eigene Expansion abgesichert wird, können diejenigen Kreise der westeuropäischen Bourgeoisien, die eng mit amerikanischen Unternehmen verflochten sind, weiterhin mitprofitieren. In dem Moment aber, wo die USA diesen Erstschlag ausführen, um den sozialistischen Gegner und gleichzeitig den westeuropäischen Konkurrenten loszuwerden, geschieht dies um den Preis der Vernichtung auch der westeuropäischen Bourgeoisien.



ungsbewegungen, deren militärische Lösung immer schwieriger wurden, während die westeuropäischen Länder sehr viel flexibler Wirtschaftsbeziehungen auch mit befreiten Ländern aufnahmen, usw.

Mit der Vorbereitung eines Atomkrieges in Europa werden diese Widersprüche nun elementar: Solange mit Hilfe der Nachrüstung die Sowjetunion und ihre Verbündeten lediglich erpreßt und mit der Möglichkeit

Die Haltung dieser Bourgeoisien ist nicht einheitlich: Offensichtlich gibt es nach wie vor Kreise, die sich von einer unverändert engen Anlehnung an die USA und ein Eingehen auf deren Kriegskurs am ehesten eine Lösung der momentanen Krise versprechen. Da aber auch diesen Herren nicht an einem europäischen Atomkrieg gelegen sein kann, scheint ihr Kalkül auf ein Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses allein durch

die Androhung eines vernichtenden Angriffskrieges zu beruhen. Ihren politischen Ausdruck finden sie in den aggressiven Äußerungen der Clique um Strauß, Dregger, Geißler, Kohl und Co.

Bei einem anderem Teil der Bourgeoisie scheint sich jedoch ein Interesse nach Loslösung von der USA zu formieren. Im Vordergrund steht hierbei sicherlich ein Durchkreuzen amerikanischer Kriegspläne. Das Ziel aber wird ein starker imperialistischer Block Westeuropa unter Führung der BRD, als potentester westeuropäischer Imperialist, sein. Diese Spaltung der Bourgeoisie zieht sich mitten durch die SPD: während die SPD-Spitze und die Regierung auf einer auch atomaren Komplizenschaft mit den USA bestehen, wird an der Basis der Ruf nach einer Emanzipation vom amerikanischen Mutterland und einem abgerüsteten Europa laut. Exponenten dieser Strömung sind SPD -"Rüstungskritiker" wie Eppler und Lafontaine. Diese Friedensfreunde innerhalb der bundesdeutschen Bourgeoisie sind es nun, die der Friedensbewegung der achtziger Jahre ihr besonderes Gesicht und ihre Breite geben. Hier liegt der Unterschied zu den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg.

Entsprechend dieser Interessenverteilung reichen die Forderungen der neuen Friedensbewegung vom pazifistischen "Nie wieder Krieg", "Frieden schaffen ohne Waffen" über "Stoppt die Nato-Nachrüstungsbeschlüsse", "BRD raus aus der Nato" bis hin zum revolutionären "Nato zerschlagen" und "Kapital zerschlagen." Deutlich wird hier, daß die Friedensbewegung in ihrer Breite in keiner Weise, auch nicht potentiell, revolutionär ist. Was die Friedensbewegung zusammenhält ist

das Interesse nach Verhinderung eines europäischen Atomkrieges; dieses Interesse geht quer durch die Klassen!

Wenn wir als Linke in dieser Friedensbewegung mitkämpfen, müssen wir ihres Charakters und ihrer Struktur bewußt sein, linkes Wunschdenken, daß in dieser Massenbewegung die Basis für revolutionäre Prozesse liegt, verkennt die Realitäten. Dennoch ist die Friedensbewegung von elementarer Wichtigkeit auch für die Linke: der Kampf um Frieden ist in Europa der Kampf ums nackte Überleben. Gesichert werden kann der Frieden nur durch die Zerschlagung des Kapitals und den Sieg der Beherrschten im Klassenkampf. Voraussetzung für den Klassenkampf ist aber zunächst das physische Überleben und damit die Durchkreuzung der mörderischen Kriegspläne eines Teiles der Herrschenden in nächsten Jahren in

DER STARKE  
ARM  
DER  
NATO:

